

Mit ihnen Mensch, für sie Christ. Aufgaben der Kirche im Ringen um die gesellschaftliche Identität in Mitteldeutschland

Als im letzten September die ersten Prognosen zu den Ergebnissen der Bundestagswahl über die Monitore flimmerten, rieb sich eine ganze Republik über den erheblichen Ost-West-Unterschied des Wahlerfolgs der Alternative für Deutschland (AfD) die Augen. Zu groß war die Differenz zwischen alten und neuen Ländern. Natürlich gelang es der Partei im ganzen Land, mit rechtspopulistischen Kommunikationsstrategien¹ die Situation der sogenannten Flüchtlingskrise zu nutzen, um Sympathisanten für ihre Vorstellungen von einer künftigen Gesellschaft zu mobilisieren. Damit reiht sich die AfD in eine aktuelle weltweite Tendenz des politischen Stils ein. Allen rechtspopulistischen Parteien gemeinsam ist das Einziehen einer unsichtbaren, aber spürbaren Grenze zwischen „denen da oben“ und den Bürgern, sowie die opportunistische Ausnutzung von Emotionen, Vorurteilen und Ängsten, um für komplexe Probleme einfache Antworten zu bieten. Die Pose des Protests gegen die „Etablierten“ siegt über die Qualität gebotener Inhalte. Dies verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass die Anhänger weniger politische Probleme lösen statt vielmehr durch die Artikulation ihrer Emotionen und Sorgen den politischen Diskurs verändern wollen. Dies gelingt zunächst durch mediale Präsenz des Phänomens und führt gegebenenfalls zur Erlangung von politischen Mandaten, durch die dann ein Veränderungsdruck bei den bereits in den Land- und Bundestagen vertretenen Parteien ausgelöst wird. Dies mag ebenso für den Linkspopulismus gelten, jedoch zeigten zuletzt vor allem jene Argumentationsfiguren von Populisten Erfolg, die sich an rechten Einstellungen wie etwa einem starken Staat, nationaler Identität oder der Fiktion eines homogenen Volkswillens orientieren.

MIT IHNEN MENSCH – ANALYSEN STATT STIGMATISIERUNGEN

Aber für den Erfolg in den ostdeutschen Bundesländern müssen andere Kategorien in der Ursachensuche in den Blick genommen werden, die auch über kurzfristige regionale Herausforderungen wie etwa einen Lehrer- oder Polizistenmangel einzelner Bundesländer hinausgehen. Stattdessen braucht es eine sensibilisierte Wahrnehmung von geschichtlich geprägten Strukturen und das daraus resultierende subjektive Empfinden einer nicht unerheblichen Anzahl von Ostdeutschen.² Damit folgt die Reaktion einer langfristigen Wahrnehmung, die ein nicht zu unterschätzender Teil der Ostdeutschen bereits seit der Wiedervereinigung subjektiv empfindet. Auf folgende historisch herausgebildete Wahrnehmungen sollte ein besonderer Blick gerichtet werden, um den aktuellen Erfolg des Rechtspopulismus in Sachsen und Ostdeutschland nachvollziehen zu können. Während die langfristigen Konsequenzen aus der 40-jährigen Prägung der SED-Diktatur bereits vielfach bedacht wurden, gelingt erst seit den Polarisierungen der letzten Jahre eine zunehmende Reflexion auf die gesellschaftlichen Folgen des durch die Friedliche Revolution ausgelösten Transformationsprozesses.³ Dies trägt dazu bei, die Menschen in den

ostdeutschen Bundesländern vorschnell zu stigmatisieren, wie es in den vergangenen Monaten artikuliert wurde.⁴ Im Konglomerat der Ursachen für die Resonanz auf Thesen populistischer Parteien sind dabei folgende Beobachtungen besonders in den Blick zu nehmen:

Ein System- und Wertewandel ist für die Ostdeutschen keine erfahrungsleere Warnung, sondern ein in der eigenen Biografie zutiefst verankerter Prozess. Schon einmal erlebten die Menschen die Veränderung der eigenen Heimat in einem Maß, das über die eigenen Anpassungswünsche hinausging und sich der eigenen Kontrolle ab einem gewissen Punkt entzog. Mit der Flüchtlingskrise und den daraus erwachsenden Wahrnehmungen erhalten solche Verlustängste eine Renaissance.

Politische Entscheidungsprozesse konnten nicht Schritt für Schritt erlernt und verstanden werden. Fertig ausgebildete Strukturen wurden übernommen. Mit dem Systemwandel stand die Bevölkerung der ehemaligen DDR damit vor der Herausforderung, im alltäglichen Handeln die Notwendigkeit, Regeln und Verhaltensweisen der völlig anderen, sehr von sich überzeugten und rechtlich hoch komplizierten bundesdeutschen Ordnung zu verstehen und für ihr Leben zu transferieren. Hinzu kam die Fremdheit des politischen Prozesses des deliberativen, langwierigen Interessenausgleichs.

Hans Joachim Meyer erläutert, dass viele Ostdeutsche nach ersten Enttäuschungen es aufgegeben haben, sich in das (vor-)strukturierte Spiel „Demokratie“ einzubringen und damit Energie und Augenmaß, Ausdauer und Konfliktbereitschaft, kommunikative Kompetenz und Argumentationsfähigkeit zu investieren.⁵ Aber gerade im realen Sozialismus blieb die Fähigkeit zur öffentlichen Kommunikation unterentwickelt, was nach der Wiedervereinigung spürbar auffiel. Bis heute halten sich Ostdeutsche im politischen Engagement auffällig stark zurück und scheuen sich vor der Übernahme öffentlicher Aufgaben. Zugleich wird zunehmend kritisiert, dass herausragende gesellschaftliche Positionen für Menschen aus den neuen Bundesländern immer noch schwer zu erreichen sind, weil Westdeutsche weiterhin auf Führungspositionen in Ostdeutschland folgen. Dies schließt jedoch die Bürger von wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsmacht weiterhin aus.

Mit der Wiedervereinigung wurden aber auch etablierte westdeutsche Narrative und Mythen übernommen, die sich in den zurückliegenden Jahrzehnten dort herausgebildet haben, aber von den Ostdeutschen nur schwer nachvollzogen werden können. Hierzu gehört aus christlicher Perspektive die starke Prägung der Würde des Menschen als Reflexionsebene gegen Nationalismus und Rassismus. Aber auch die Erfahrungen der „68er“ fehlen in einem Land, das im gleichen Jahr mit dem Prager Frühling eine Einengung der gesellschaftlichen Freiheit erlebte. Die Weitergabe von solchen biografischen Erfahrungen geschieht weniger durch Gesetze als durch eigenes Reden und Handeln. Mit dem Austausch der DDR-Eliten in Legislative, Judikative und Exekutive als auch in Wirtschaft und Medien durch westdeutsche Experten

gelang zwar der Wissenstransfer und ein rascher wirtschaftlicher sowie administrativer Transformationsprozess, jedoch unterband dies zugleich auch die weitere Tradierung ostdeutscher Erfahrungen. Kaum eine Folge der Transformation nach der Wiedervereinigung dürfte so ambivalent sein und die sich entwickelnde Ostalgie sowie einen subjektiven Minderwertigkeitskomplex befördert haben, der viele Ostdeutsche nach ihrer Identität in einem vereinten Deutschland suchen lässt.

Mit dem Systemwandel einher ging eine Differenzierung in Gewinner und Verlierer der Friedlichen Revolution. Dies bezieht sich einerseits auf die wirtschaftliche Dimension, weil in den Anpassungsprozessen der ostdeutschen Wirtschaft in den 1990er Jahren ganze Familien durch Arbeitslosigkeit und den Verlust von eigentlich erwarteten Ansprüchen wie etwa bei Sozialleistungen ihren wirtschaftlichen Halt verloren. Damit einher ging ein sozialer Rückzug. Die sich daraus perpetuierende Spannung materieller Unterschiede förderte eine Haltung der Missgunst und des Neids, bei dem Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und Personen mit subsidiärem Schutz aufgrund der ihnen zuerkannten Leistungen als weitere Konkurrenten gelten. Das Problem war nicht die Hilfsbereitschaft gegenüber den Notleidenden, sondern die dadurch entstehende Verletzung des Gerechtigkeitsgefühls verbunden mit einem diffusen Gefühl des Zukurzkommens. Zur wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit kam aber auch eine ideelle Differenzierung. Wer wenige Monate zuvor noch auf der gesellschaftlichen „Sonnenseite“ stand, erlebte nach der Friedlichen Revolution eine neue gesellschaftliche Skepsis gegenüber der eigenen Lebensleistung. Jene aber, die während der DDR für ihre Überzeugungen Nachteile in Kauf nahmen und denen es gelang, sich in dem neuen System zurechtzufinden, konnten sich zu den Gewinnern der Friedlichen Revolution zählen.

Religiöse und kulturelle Vielfalt sind in Ostdeutschland auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung noch fremd. In den neuen Bundesländern besitzt beispielsweise die Diskussion um einen Sprachkurs im Vorschulalter keine Relevanz, weil dies in den meisten Städten nicht zur Erfahrung ostdeutscher Familien gehört. Nicht selbst erlebt, kennen sie die Probleme und Herausforderungen nur aus den Medien und politischen Diskursen. Da dort aber die Situationsbeschreibung eine Zuspitzung erfährt, werden auch die Probleme vielfach übersteigert wahrgenommen, während für die Chancen einer kulturell pluralen Gesellschaft die Wahrnehmungskraft fehlt.

So fremd vielen Menschen der Islam oder andere religiöse Praktiken sind, so fremd sind ihnen oftmals auch die eigenen religiösen Wurzeln. In einem Landstrich, in dem nur noch maximal ein Viertel der Bevölkerung getauft ist und bereits über mehrere Generationen jeglicher Kontakt zum Christentum verloren gegangen ist, erscheint eine bislang kulturell nicht beheimatete Religion als Fremdkörper, der – insofern er sich auch innerhalb der Gesellschaft durch Zeichen und Rituale äußert – als gesellschaftlicher Rückschritt empfunden wird; hatte doch die DDR-Regierung über vierzig Jahre das Ende des Aberglaubens und der Religion propagiert, indem sie dem Glauben die Vernünf-

tigkeit abgesprochen hatte. In Ostdeutschland geht es daher nicht um die Frage der „wahren Religion“ oder einer Sehnsucht nach der künftigen kulturprägenden Existenz des Christentums. Stattdessen bietet die Wiederkehr des Religiösen an sich im öffentlichen Raum innerhalb einer nachreligiösen Gesellschaft das Konfliktpotential.

Die dargestellten ausgewählten Hintergründe hemmen bis heute den mit der Wiedervereinigung ausgelösten Transformationsprozess. Letztlich steht dahinter eine – oftmals nicht bewusst wahrgenommene – Verunsicherung der eigenen Identität und Heimat. Dabei kann auch die Religion nicht den alleinigen Stabilitätsanker bieten, wie es sich die Kirchen vielleicht erhoffen. Zu viele ostdeutsche Christen fühlen sich ebenfalls nicht verstanden und brachten mit ihrer Haltung auch die (Kirchen-)Gemeinden in Konfliktsituationen. Auch wenn sich die Gruppe der am Montag „Spazierenden“ von über 20.000 auf inzwischen etwa 2.000 Teilnehmer reduziert hat, bleibt das Potential für eine Instrumentalisierung der Phänomene des Transformationsprozesses hoch. Künftige krisenhafte Situationen können in Verbindung mit politisch handelnden Sympathieträgern erneut Menschen in Ostdeutschland mobilisieren. Denn das Empfinden vieler Ostdeutscher, von den Entscheidungsträgern der Gesellschaft nicht verstanden zu sein, bleibt auch nach Pegida erhalten, selbst wenn sie sich am Montagabend derzeit wieder für den Fernseher statt die Straße entscheiden. Für eine Demokratie und für eine Gesellschaft ist ein solches Fazit alarmierend.

FÜR SIE CHRIST – KULTURELLE DIAKONIE ALS CHANCE

Da ein Teil der Bürger christlich ist und auch die Christen Teil der Zivilgesellschaft sind, tragen sie aufgrund ihrer Überzeugungen und ihrer Rückbindung in ihren Glauben eine besondere Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sind daher besonders dazu aufgerufen und befähigt. Für sie gilt in besonderer Weise, sich gesellschaftlich einzubringen und für die Werte, die dem christlichen Glauben entspringen, einzutreten. Aus ihrer Ebenbildlichkeit Gottes erwächst die hohe Verantwortung für Christen, die Würde und Freiheit des Einzelnen zum Wohl der Gesellschaft zu erhalten. Auch wenn die Kirche als Institution nicht der Gefahr verfallen darf, selbst Politik zu machen oder für einzelne politische Probleme Lösungen anzubieten, so ist sie dennoch gefordert, für eine Werteorientierung in der Politik einzutreten. „Die Würde jedes Menschen, die Achtung der Menschenrechte und die Ausrichtung am Gemeinwohl“⁶ sind hierfür entscheidender Kompass.

Auch wenn das Christentum in weiten Teilen der neuen Bundesländer in der Minderheit ist, kann es trotzdem eine begründete Hoffnung vermitteln, die zum „Salz der Erde“ wird. Bei den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen kommt ihr in besonderer Weise – vielleicht wie schon einmal während der Umwälzungen im Jahr 1989 – die Aufgabe zu, Menschen auf ihrer Suche nach Identität auf der Basis christlicher Hoffnung zu begleiten. Die Kirchen sind keine politischen Bildungseinrichtungen, aber sie können als Glaubensgemeinschaften, wenn sie die Biografien der sie umgebenden Menschen ernst nehmen, eine Option der Beheimatung bieten. Dabei muss es gelingen, nicht

hinter den eigenen Mauern Gemeinden zu erhalten, sondern intensiv an einer gerechten Welt mitzubauen, die von der grenzüberschreitenden Würde des Menschen getragen ist. Es muss aber auch gelingen, Handeln, das eben jene Würde missachtet, deutlich zu benennen, ohne dabei Nöte und Ängste der Menschen zu verurteilen. Die Kirche hat – besonders in ihrer ostdeutschen Minderheitensituation – damit die große Verantwortung einer caritativen wie auch kulturellen Diakonie. „Mischt euch ein“ war die Botschaft von Papst Franziskus an die jungen Christen dieser Welt und verdeutlicht damit die Haltung seines Pontifikats: Nicht in einer Bequemlichkeit zu verharren, sondern sich als Christen in der Welt einzubringen. Beim Angelus im Juni dieses Jahres betonte Papst Franziskus erneut, Christus – auch unter scheinbar ruhigen Umständen – mutig zu bezeugen und sich nicht von den Situationen des Leids abstumpfen zu lassen. Christus sende seine Gläubigen wie „Wächter unter Menschen, die nicht aus der weltlichen Schläfrigkeit geweckt werden wollen“ und die sich „ihre eigenen flüchtigen Wahrheiten“ konstruieren.⁷ Damit fordert er zum Mut auf, sich einzumischen statt teilnahmslos dem Geschehen in der Welt zuzuschauen, eine Aufgabe, die gerade unser Land derzeit bitter nötig hat, um gesellschaftliche Polarisierungen und Hass zu überwinden. Auch hierfür darf Sachsen zum Impulsgeber der Republik werden. Daraus ergeben sich aber auch für die Pastoral in Ostdeutschland Aufgaben und Chancen, die zur Inkulturation des Evangeliums beitragen können:

In ihrer begründeten Hoffnung auf das schon angebrochene Reich Gottes hat die Kirche die Möglichkeit, mit ihrem Handeln eine verbindliche Sicherheit zu vermitteln, die einen staatlich vorgegebenen wie auch individuellen Horizont übersteigt. Dabei kann es nicht nur um eine Stärkung der Glaubenden gehen, sondern um eine stete Bereitschaft, jedem Rede und Antwort zu stehen, der nach dieser Hoffnung fragt. Andererseits ist es eine zentrale Aufgabe der pastoralen Mitarbeiter, in allen innerkirchlichen – notwendigen – Strukturprozessen die Verunsicherung durch sich verändernde Verantwortlichkeiten zu vermeiden, um einen weiteren Heimatverlust zu verhindern.

Weil die Kirche die freiheitliche Demokratie als die beste aller Staatsformen anerkannt hat, kommt ihr auch die Aufgabe zu, sich in ihr zu engagieren und für sie zu werben. Es kann nicht darum gehen, einzelne Parteien zu (dis-)qualifizieren, sondern sie aus der Perspektive des christlichen Menschenbilds für ein Engagement zugunsten der Menschenwürde, der daraus resultierenden Menschenrechte und des nachhaltigen und solidarischen Gemeinwohls zu motivieren. Um aber in der aktuellen Situation die Akzeptanz für die demokratischen Entscheidungsprozesse zu fördern, kann es zum Dienst der Kirche werden, partizipative Prozesse mit den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft einzuüben und dafür notwendige Bildungsangebote zu unterstützen sowie eigene Entscheidungsstrukturen auf die partizipative Verwirklichung hin zu überprüfen.

Der christliche Glaube lebt aus der Tat, aber eben auch in besonderer Weise aus dem Wort. Ist es einerseits Aufgabe der Kirche, ihre Verkündigung immer wieder auf die sprachliche Anschlussfähigkeit gegenüber der Welt zu über-

prüfen, kommt es den Christen ebenso zu, prophetisch das Wort zu erheben. Dass dies nicht von allein geschieht, beschreiben zahlreiche biblische Berichte. Es geht daher also nicht nur darum, das Evangelium auf Mitteldeutsch zu buchstabieren, wie es vor einigen Jahren Bischof Joachim Wanke forderte, sondern die Menschen guten Willens zu ermutigen, sich in das (vor-)strukturierte Spiel „Demokratie“ hineinzubegeben und in der öffentlichen Kommunikation eigene Positionen deutlich zu vertreten.

Kirchliche Räume waren nicht erst während der Friedlichen Revolution Orte freien Denkens, sondern bereits in den Jahrzehnten zuvor. Es gibt daher eigene Narrative von der Sehnsucht nach Freiheit, die es sich zu erzählen lohnt, ohne in eine Ostalgie oder Abgrenzung gegenüber anderen Bürgerinnen und Bürgern zu verfallen. Sie sollten aber nicht andere Erfahrungen verdrängen, sondern sich gegenseitig bereichern. Fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung gehört es – glücklicherweise – zur gesellschaftlichen Realität, dass Menschen mit Erfahrungen aus allen Landesteilen der Republik in Ostdeutschland leben. Deswegen muss die Kirche ihre Stimme erheben, wo die gesellschaftliche Suche nach Identität zur patriotischen Abgrenzung von „uns Sachsen“ gegen „den Rest der Welt“ geschieht.

Die Christen in den Bistümern haben vielfach von den Chancen, die sich auch wirtschaftlich aus der Friedlichen Revolution ergaben, profitiert. Teilweise profitierten die durch die Gemeinden ausgebildeten Netze, um sich gerade in den Transformationsprozessen gegenseitig zu tragen. Mit der Möglichkeit, dass sich soziale Einrichtungen der Caritas frei entwickeln konnten, nahm die Kirche in den letzten Jahrzehnten auch ihre diakonische Aufgabe auf neue Weise wahr. Gerade für jene Familien aber, deren wirtschaftlicher Verliererstatus sich inzwischen zum Teil über Generationen verfestigt hat, kommt der Pastoral eine dreifache Aufgabe zu: erstens die Sensibilität für sie wach zu halten und die nötige Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten. Zweitens darauf hinzuwirken, dass sich Ungerechtigkeit nicht verfestigt. Drittens jenen, die zutiefst von einem materialistischen Weltbild geprägt sind und deren prekäres Wirtschaftsverhältnis dafür umso einschränkender wirkt, ein Gespür für die eigene, tragende Hoffnung zu geben. Dabei stehen die Gemeinden in Ostdeutschland vor der enormen Herausforderung, über Jahrzehnte gepflegte Ablehnungen und Verurteilungen gegenüber Menschen, die im System der DDR zu den Gewinnern gehörten, abzulegen und den Dialog mit ihnen zu suchen. Es geht hierbei nicht um die Verharmlosung – vielfach am eigenen Leib vieler Christen – erlebter Schuld, sondern um den barmherzigen Umgang im Wissen um die letzte Unverfügbarkeit gerechten Handelns.

Das (Nicht-)Wissen um andere Religionen und die damit einhergehende Angst unterscheidet sich in den katholischen Gemeinden kaum vom Rest der Gesellschaft. Angesichts der Konzilsdokumente *Lumen Gentium* und *Nostra Aetatae* kommt der Pastoral gerade in Mitteldeutschland die Aufgabe zu, das Wissen um die eigene Religion, aber auch um die andere Religion zu stärken, damit die Christen verkürzte Sichtweisen in einer weitgehend postmodern-

unreligiösen Gesellschaft entlarven, die in den anderen Religionen göttliche Wahrheit aufleuchten lassen und im Dialog mit anderen Positionen ihre Sichtweise argumentativ belegen können.

Dies bleibt besonders für den – noch jungen – Katholizismus in Mitteldeutschland eine besondere Herausforderung. Denn erst mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und der Vertreibung in Folge des Zweiten Weltkriegs beheimatete er sich neu und nahm durch diese Prozesse eine spezifische Form an, die bis heute nachwirkt. Das Leben in der multiplen Diaspora ringt aufgrund der Erfahrungen mit zwei Diktaturen mit seiner eigenen Identität. Andererseits lassen sich gerade daraus in den aktuellen gesellschaftlichen und kirchlichen Debatten Impulse für ein gelungenes Miteinander entwickeln.

Die nächste Ausgabe von Gottes Wort im Kirchenjahr reflektiert die Beheimatungsprozesse der Katholiken in Mitteldeutschland und setzt damit die Analysen zum Beitrag der katholischen Kirche für die erfolgreiche Suche nach der Identität der Menschen in Mitteldeutschland aus historischer Perspektive fort.

Thomas Arnold

¹ Vgl. Marianne Heimbach-Steins / Alexander Filipovic u. a. (Hgg.): Grundpositionen der Partei „Alternative für Deutschland“ und der katholischen Soziallehre im Vergleich. Studie auf Bitten und Anregung der Bevollmächtigten der katholischen Bischöfe gegenüber den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zusammenfassung einer sozialetischen Expertise, im Internet: https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/fb2/c-systematische-theologie/christlichesozialwissenschaften/heimbach-steins/ics-arbeitspapiere/executive_summary_ics_ap_afd_kathsl.pdf (25.06.2017).

² Werner J. Patzelt / Joachim Klose: Was ist so schlimm am Rechtspopulismus? Pegida, AfD und die Folgen, in: Stefan Orth / Volker Resing: AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion?, Freiburg i. Br. 2017, 134-163, 140.

³ Hierbei sei nicht nur an das Titelthema des Stern „Sachsen, ein Trauerspiel“ (Ausgabe 43/2016) oder der Tweet des damaligen Kölner Mediendirektors Ansgar Mayer in Folge der Ergebnisse der Bundestagswahl 2016 erinnert („Tschechien, wie wär's: Wir nehmen Euren Atom Müll, Ihr nehmt Sachsen?“, 24. September 2017), sondern auch an die pauschalen Beschimpfungen von Politikern „Neonazis im Nadelstreifen“ (Ralf Jäger, 11. Dezember 2014), „Komische Mischpoke“ (Cem Özdemir, 14. Dezember 2014) und „Schande für Deutschland“ (Heiko Maas, 15. Dezember 2014), welche eine Akzeptanz politischer Verantwortungsträger weiter schwächt und einem gesellschaftlichen Dialog damit entgegensteht (vgl. hierzu Frank Richter: Stadtgespräche. Politische Bildung als Seelsorge?, im Internet: <http://www.bpb.de/apuz/219409/stadt-gespraech-politische-bildung-als-seelsorge?p=all>, abgerufen am: 10. November 2017).

⁴ Hans Joachim Meyer: Weder abweisende Festung noch bunte Karawanserei. Alternativen für Deutschland, in: Stefan Orth / Volker Resing: AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion?, Freiburg i. Br. 2017, 134-163, 127.

⁵ Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hgg.): Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens (Gemeinsame Texte, Nr. 19). Bonn 2006, 6.

⁶ Vgl. KNA: Franziskus mahnt Christen zu mehr Mut, im Internet: <http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/franziskus-mahnt-christen-zu-mehr-mut> (abgerufen am 26.06.2017).